

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

Februar 2026



2X NEIN, 2X JA

Empfehlungen und Standpunkte zu
den eidgenössischen Volksabstim-
mungen vom 8. März 2026

Seiten 6-7 und 10-11

JUNGE EDU MIT EIGENEM PODCAST

Die Junge EDU geht neue Wege
und lanciert einen eigenen Podcast.
Der Auftakt ist sehr persönlich.

Seite 12

KANTON BERN

- Gedanken zum Unglück von Crans-Montana
- Eigenmietwert weg: Wie weiter?
- Herzliche Einladung zu Anlässen mit
Ahmad Mansour

KANTONALTEIL

Wort des Monats

«GELD IST EIN GUTER DIENER, ABER EIN SCHLECHTER HERR.»

Francis Bacon († 1626), englischer Philosoph, Jurist und Staatsmann



Eidg. Volksabstimmungen vom 8. März 2026

Parolen der EDU Schweiz

Ja

zur Bargeld-Initiative (Bargeld ist Freiheit)

Ja

zur SRG-Initiative («200 Franken sind genug!»)

Nein

zur Klimafonds-Initiative

Nein

zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung



... und Tschüss ...

Liebe Leserinnen und Leser

«*Alles hat seine Zeit*» – lesen wir im Prediger 3. Auch das Schreiben. Und so habe ich den Griffel beiseitegelegt und werde ihn nicht mehr spitzen. Das heisst: Nach 14 Jahren und nicht ganz 150 Kolumnen oder Geschichten oder was auch immer gebe ich die Seite 14 im «Standpunkt» frei zugunsten eines zusätzlichen politischen Themas. Neues Jahr, neuer Anfang, neue Lektüre – der Zeitpunkt für meine «Pensionierung» passt bestens.

Ich danke Ihnen, dass Sie mich so lange ertragen haben ... Vielen Dank für die «Fanpost», die ich per Brief oder Telefon entgegennehmen durfte und die aufmunternden Worte unterwegs.

Ja, so geht ein Kapitel zu Ende, wir schlagen eine neue, noch leere Seite auf. Wir wollen sie im angefangenen Jahr mit vielen schönen Erlebnissen füllen. Ich wünsche Ihnen Gottes reichen Segen für die Zukunft, gute Gesundheit und bhüet Ech Gott.

Ruedi Ritschard

Testament / Legate: Auch an die EDU denken!

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Fortbestehen und werte-orientierte Engagement der EDU.

Die EDU betrachtet Gottes Wort als Massstab für ihr Reden und Handeln: eine solide, bewährte Grundlage, auf die eine intakte Gesellschaft bauen kann. Dafür übernehmen wir Verantwortung und erheben unsere Stimme. Damit wir auch in Zukunft «Licht für die Welt» sein können, sind wir als Partei auch auf Spenden und Zuwendungen aller Art angewiesen.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren, wie Sie uns bei Legaten und Testamenten berücksichtigen können?
EDU Schweiz, info@edu-schweiz.ch, Tel. 033 222 36 37

«Ich schaue auf das Licht: auf Jesus»

Liebe Leserinnen und Leser



Die Welt steht Kopf. Eine negative Schlagzeile jagt die nächste – verschuldet wie unverschuldet. Die Bibel ist voller Schriftstellen, die uns dazu aufrufen, **allezeit dankbar zu sein und Gott zu erheben**, egal was in der Welt geschieht. Daran halte ich mich ohne Wenn und Aber. Ist das immer einfach? Nein, ganz bestimmt nicht. Aber es hilft sehr.

Was mir ebenfalls hilft, möchte ich mit diesen Zeilen teilen. Vielleicht ist es auch für Sie ein kleiner Anstupser. Gott hat uns den Auftrag gegeben, den Menschen die gute Nachricht zu verkündigen (Markus 16,15ff.). In diesem Jahr gingen wir bereits mehrmals als Gruppen auf die Strasse in Aarau, jeweils zu zweit. Es ist eine **unbeschreibliche Freude**, wenn Menschen das Evangelium hören und Jesus als ihren Erlöser und Herrn annehmen.

Wenn man in die Augen dieser Menschen blickt, sieht man, wie in einem Wimpernschlag Hoffnung zurückkehrt und neue Freude entsteht. Es erfüllt mich jedes Mal mit tiefer Freude und Dankbarkeit. Ich erinnere mich gut daran, wie es bei mir war: Dieser tiefe Friede, der plötzlich da war, und eine Freude, die ich bis dahin nicht kannte, begann in mir zu leuchten.

Wir dürfen für Menschen beten, im Vertrauen darauf, dass Gott wirkt. Und wir erleben, wie sie im selben Moment Veränderungen feststellen: Knie-, Rücken- oder Kopfschmerzen werden weniger oder verschwinden ganz. Solche Erlebnisse helfen mir.

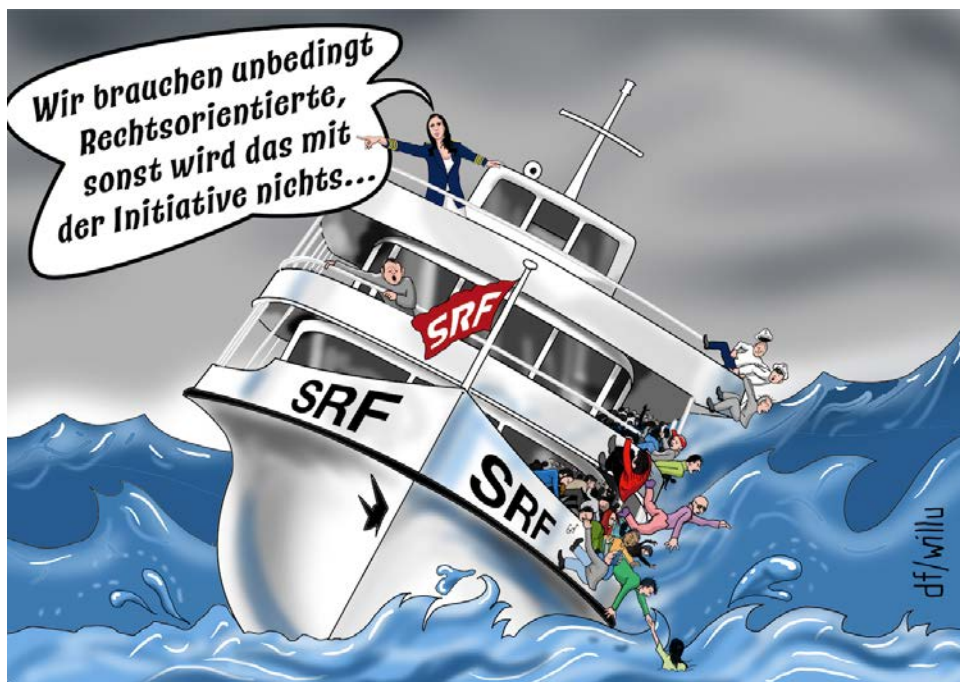
In der Bibel steht, dass die Dunkelheit zunimmt – aber sie sagt auch, dass das Licht zunimmt. Die Frage ist: **Worauf richten wir unseren Fokus?** Ich habe mich entschieden, auf das Licht zu schauen: auf Jesus.

Darum kann ich es nur jedem empfehlen: Schalte den Fernseher aus, bete zu Gott im Namen Jesu und gehe nach draussen, um den Menschen die frohe Botschaft zu erzählen. Es wird eine Freude in Dir freisetzen, wie Du sie vielleicht noch nie erlebt hast.

Seid alle reich gesegnet

Martina Bolliger, Mitglied der Geschäftsleitung der EDU Schweiz, Ressort Kontakte, Gebet

Monats-Karikatur: «Gesucht: Alles, was «recht(s)» ist!»



Bericht von der Wintersession 2025

Die Wintersession 2025 stand ganz im Zeichen der ausgiebigen Budget-Debatte 2026. Pierre-André Page (SVP FR) ist zum Nationalratspräsidenten und höchsten Schweizer gewählt worden, im Ständerat hat neu Stefan Engler (Mitte GR) den Vorsitz und der neue Bundespräsident heisst im 2026 Guy Parmelin (SVP VD).



Andreas Gafner, Nationalrat EDU BE

Meine ersten vier Jahre im Nationalrat war Pierre André Page mein direkter Sitznachbar auf der rechten Seite. Er kommt aus Romont im Kanton Freiburg und ist pensionierter Landwirt.

Seit 2015 sitzt er im Nationalrat und wird den Ratsbetrieb nun leiten und unser Land repräsentieren.

Budget 2026

Wie immer in der Wintersession, ist die Budget-Debatte das Geschäft, das mit Abstand am meisten Zeit in Anspruch nimmt. Die Sub-Kommissionen und die Finanzkommission beraten in einigen Sitzungen im Oktober und November den Voranschlag. Die Ausgaben werden im Jahr 2026 auf über 90 Milliarden Franken anwachsen, die Einnahmen können da nicht Schritt halten. Unsere Finanzministerin, Frau Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter, betont schon länger, dass die Schweiz ein Ausgaben- und nicht ein Einnahmenproblem habe. Wir sind also mit dem Ziel gestartet, ein mit der Schuldenbremse konformes Budget zu verabschieden, das andauernde übermässige Ausgabenwachstum abzubremsen und bei einigen konstanten Posten eine allfällige Nachbesserung zuzulassen. Zudem hat das Parlament letztes Jahr beschlossen, im Bereich Sicherheit, das heisst, bei der Armee die Ausgaben zu erhöhen. Es braucht jedoch immer Mehrheiten, sonst erreicht man gar nichts.



Der Voranschlag des Bunderates rechnete mit einem Ausgabenwachstum in der Grössenordnung von 5 %. Das Ausgabenwachstum des Bundes sollte meiner Meinung nach nicht höher als das Wirtschaftswachstum sein. Die Prognosen fürs 2026 liegen im Wirtschaftsbereich bei plus 1,5 %. Deshalb haben wir zahlreiche Anträge eingereicht, um das Ausgabenwachstum in den Bereichen Internationale Zusammenarbeit, bei den Beiträgen an multilaterale Organisationen, bei der ETH und beim Bundespersonal abzubremsen. Einige Anträge fanden in der ersten Beratung im Nationalrat zwar Mehrheiten, der Ständerat gab sich jedoch mehrheitlich stur und wollte in einigen Bereichen nicht auf den Nationalrats-Vorschlag einlenken. In einigen Bereichen wurden kleinere Erhöhungen beschlossen, so zum Beispiel bei der Vorsorge der Blauzungen-Krankheit (+5 Mio.), Beihilfen Pflanzenbau für Saatkartoffeln (+1,4 Mio.), landwirtschaftliche Strukturverbesserung (Weinbau, +10 Mio.) sowie plus 1 Mio. für Massnahmen in Sachen Gleichstellung Mann/Frau. Dieser Budgetposten wurde mit riesigem Druck der linken Szene zum Politikum. Obwohl in den letzten fünf Jahren eine Aufstockung von +63 % stattgefunden hat und die Stellen fast verdoppelt wurden, ist man nie zufrieden und fordert immer mehr, verbindet dann das ganze Thema noch mit den tragischen Femiziden in letzter Zeit, ohne genau zu analysieren, was die Gründe sind und stellt Thesen auf, dass der Schutz von Schafen wichtiger sei als der Schutz von Frauen. Leider ist es Funicello und Co. gelungen, den Fokus der Presse und der linken NGOs auf dieses Thema zu lenken und von der Budget-Debatte abzulenken. In der Einigungskonferenz am Schluss der Verhandlungen obsiegte leider bei den meisten Anträgen der höhere Betrag. Das ist auch der Grund, warum ich ausser beim Tourismus-Beitrag die Anträge der Einigungskonferenz abgelehnt habe. In der ersten entscheidenden Abstimmung habe ich dem Budget zugestimmt, weil für mich zentrale Massnahmen erfüllt waren, die Anträge mit Landwirtschafts-Bezug haben wir durchgebracht und die Schuldenbremse ist eingehalten worden.

Fazit: Das Parlament muss in Zukunft das Machbare in den Vordergrund stellen und das Wünschbare,

das in den letzten Jahren leichtfertig beschlossen wurde, wieder strengeren Ausgabekriterien unterziehen. Gesunde Staatsfinanzen sind eine wichtige Grundlage, um als Land unabhängig und agil zu bleiben. Jeder Betrieb, jeder Bürger kommt nicht drum herum, mit dem zu leben, was er verdient. Der Staat muss da wieder zum Vorbild werden.

Entlastungs-Paket

Das Entlastungs-Paket 2027 bis 2029 kommt im Januar in die Finanzkommission des Nationalrates. Der Ständerat hat es bereits in der Wintersession verabschiedet und will massiv weniger Entlastungsmassnahmen umsetzen als der Bundesrat. Der Ständerat hat in vielen Positionen die Vorschläge des Bundesrats entschärft und schlägt vor, 35 % weniger zu sparen als der Bundesrat. Der Bundesrat schlägt vor, 8,5 Milliarden auf die Jahre 2027 bis 2029 einzusparen, der Beschluss des Ständerates liegt nun bei gut 5,5 Milliarden Franken.

Bundespersonal

Der Nationalrat hat für die Einführung einer Obergrenze bei der Anzahl der Vollzeitäquivalente in der Bundesverwaltung gestimmt. Mit 98 Stimmen zu 92 Stimmen hat der Rat die Motion von Thomas Aeschi (ZG) angenommen. Die Tatsache, dass die SVP seit über zehn Jahren versucht, das übermässige Wachstum des Bundespersonals einzudämmen, macht die Unterstützung dieses Vorstosses besonders erfreulich. Das Geschäft geht nun in den Ständerat.

Kriegsmaterialgesetz

Um die bewaffnete Neutralität aufrecht zu erhalten, benötigt die Schweiz eine einheimische Rüstungsindustrie. Anlässlich einer Revision des Kriegsmaterialgesetzes hat das Parlament beschlossen, dass Staaten mit einem vergleichbaren Exportkontrollregime, selbst wenn sie in einen Krieg verwickelt sind, mit Kriegsmaterial beliefert werden dürfen. Ausgeschlossen bleiben Lieferungen in Länder, die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen. Ebenfalls ausgeschlossen bleiben Lieferungen, wenn die Schweizer Neutralität verletzt wird. Bei der Wiederausfuhr von Waffen wird zukünftig auf Nichtwiederausfuhrerklärungen verzichtet, ausser wenn aussen-, neutralitäts- oder sicherheitspolitische Gründe eine solche Erklärung erfordern würden. Mit diesen Gesetzesanpassungen wird der Erhalt einer einheimischen Rüstungsindustrie sichergestellt, dem Bundesrat wird durch diese Anpassung mehr Kompetenz erteilt. In der Schlussabstimmung stimmte eine bürgerliche Allianz im Nationalrat mit 122 zu 68 Stimmen bei 6 Enthaltungen und im Ständerat mit 31 zu 11 Stimmen

bei 1 Enthaltung der Vorlage zu. Die Grünen haben das Referendum angekündigt, so dass wohl das Volk zu dieser Gesetzesanpassung das letzte Wort an der Urne haben wird.

Fragestunde

In der Fragestunde des Nationalrats wollte ich wissen, weshalb die SBB bei Siemens und nicht bei der Schweizer Unternehmung Stadler Rail Zugs-Kompositionen bestellt habe. Hierauf antwortete Bundesrat Rösli, dass die SBB gesetzlich verpflichtet sind, den Auftrag an das Unternehmen mit dem vorteilhaftesten Angebot zu erteilen, und das beinhaltet eben eine Punktierung aller Faktoren, nicht nur des Preises. Das Beschaffungsrecht schreibt eine Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung der Anbieter vor. Nicht zulässig sind insbesondere die Bevorzugung inländischer Unternehmen und die Schaffung von Wettbewerbsvorteilen für inländische Unternehmen. Das ist die Gesetzesgrundlage.

Wir stehen am Anfang eines neuen Jahres. Trotz all den grossen anstehenden Herausforderungen dürfen wir dankbar sein für unsere Heimat. Gerne werde ich mich weiterhin für unser Land, für unsere Werte und für unser Volk einsetzen. Ich bedanke mich an dieser Stelle herzlich für alle Unterstützung und wünsche Ihnen, liebe Leserin und lieber Leser, ein erfreuliches neues Jahr. ●



Ja zur Bargeld-Initiative

Der Rückzug des Bargeldes ist kein Zufall. Wer glaubt, die Schweiz sei von der weltweiten Entwicklung zur Bargeldverdrängung ausgenommen, irrt. Und wer meint, dieser Prozess geschehe allein aus technischer Bequemlichkeit oder Effizienzgründen, verkennt seine politische Dimension.



Richard Koller, Präsident Freiheitliche Bewegung Schweiz, Initiant «Bargeld ist Freiheit»

International lässt sich seit Jahren beobachten, wie Münzen und Banknoten schrittweise aus dem Alltag gedrängt werden. Nicht durch ein Verbot, sondern durch Gewöhnung. Bargeld wird zuerst unpraktisch, dann ungewohnt, schliesslich überflüssig. Ist dieser Punkt erreicht, verschwindet es endgültig – und mit ihm ein Stück Freiheit, das sich nicht zurückholen lässt.

Politisch gewollte Zentralisierung

Dass diese Entwicklung politisch gewollt ist, zeigt unter anderem die Gründung der Better-Than-Cash-Alliance unter dem Dach der Vereinten Nationen. Ziel dieser Initiative ist es, digitale Zahlungssysteme weltweit zu fördern und Bargeld schrittweise zurückzudrängen. Die Schweiz ist dabei nicht bloss Beobachterin. Das Staatssekretariat für Wirtschaft ist seit frühen Jahren institutioneller Partner dieser Allianz. Das zeigt klar: Der Rückzug des Bargeldes ist Teil eines langfristig angelegten strukturellen Umbaus des Geldsystems. Was als Modernisierung verkauft wird, bedeutet in Wahrheit eine Machtverschiebung. Weg vom Individuum, hin zu zentralen Infrastrukturen, Plattformen und staatlichen Schnittstellen. Digitale Zahlungssysteme erhöhen zwangsläufig die Abhängigkeit – von Strom, von Technik, von jenen Stellen, die Regeln setzen und Zugänge kontrollieren.

Bargeld funktioniert anders

Es stellt keine Bedingungen. Es unterscheidet nicht nach Einkommen, Alter, Bildung oder technischer Ausstattung. Wer mit Bargeld bezahlt, braucht kein Konto, keine App, keine Zustimmung zu Nutzungsbedingungen. Gerade für ältere Menschen, Jugendliche oder Personen in schwierigen Lebenslagen ist Bargeld oft die einzige wirklich selbstbestimmte Zahlungsform. Besonders deutlich wird der Wert von Bargeld in Krisen. Staaten werden nicht in stabilen Zeiten geprüft, sondern bei Stromausfällen, technischen Störungen, Cyberangriffen oder ausserordentlichen Lagen. Digitale Systeme sind leistungsfähig – solange alles funktioniert. Bargeld hingegen funktioniert auch dann, wenn Systeme ausfallen. Deshalb setzen selbst hochdigitalisierte Länder wie Schweden oder Norwegen wieder bewusst auf Bargeld als staatliche Rückversicherung.

Hinzu kommt ein geldpolitischer Aspekt, der öffentlich kaum diskutiert wird: Bargeld setzt der Geldpolitik eine reale Grenze. Solange Menschen Geld physisch halten können, existiert eine natürliche Untergrenze für Negativzinsen. Ohne Bargeld entfällt diese Grenze. Was technisch möglich ist, wird politisch relevant – bis hin zur faktischen Enteignung.

Bargeld-Initiative schafft Klarheit

Genau hier setzt die Volksinitiative an. Sie verlangt nicht Technikfeindlichkeit, sondern Klarheit. Entscheidend ist die explizite Nennung von Münzen und Banknoten. Nicht «Bargeld» als dehnbare Begriff, der künftig auch digital interpretiert werden kann, sondern physisches Geld, das anonym, unabhängig und frei nutzbar bleibt. Der vom Bundesrat präsentierte Gegenvorschlag anerkennt Bargeld zwar symbolisch, verfehlt aber den Kern. Er garantiert Bargeld auf dem Papier, nicht im Alltag. Er verpflichtet weder zur Annahme noch zur Sicherung der Infrastruktur. Damit bleibt offen, ob Bargeld künftig tatsächlich noch verwendbar ist. Die Abstimmung über diese Initiative entscheidet nicht darüber, ob digitale Zahlungsmittel erlaubt sind. Die Bargeld-Initiative will, dass Münzen und Banknoten als freiheitliches, krisensicheres Zahlungsmittel erhalten bleiben. ●

Weitere Informationen: www.franken-retten.ch



200 Franken sind genug: Ja zur SRG-Initiative

Die SRG ist in den letzten Jahren zu gross, zu teuer und politisch einseitig geworden. Die rekordhohen SRG-Gebühren zu begrenzen, ist längst überfällig. Mit einem Ja am 8. März 2026 kehren wir zurück zu journalistischer Ausgewogenheit und hin zu einem schlanken, effizienten und glaubwürdigen Service Public.



Anian Liebrand, Redaktionsleiter «Standpunkt»

Trotz versprochenen Einsparungen hat die SRG in den letzten Jahren immer mehr Geld ausgegeben. Im Jahr 2024 ist der Betriebsaufwand auf 1,54 Milliarden Franken angestiegen – und mit 7'200 Beschäftigten (+400 gegenüber 2021) hat die SRG mehr Personal als je zuvor (*Quelle: SRG/persoendlich.com*). Während die Bevölkerung und die Wirtschaft den Gürtel enger schnallen müssen, bezieht SRG-Direktorin Susanne Wille einen jährlichen Lohn von einer halben Million Franken, die Geschäftsleitungsmitglieder der SRG verdienen pro Jahr durchschnittlich 400'000 Franken. Es liegt auf der Hand: Von sich aus wird die SRG nicht sparen. Es braucht die Initiative «200 Franken sind genug!», damit sich die SRG wieder auf ihren Kernauftrag besinnt und vernünftig wirtschaftet.

Rekordhohe SRG-Gebühren

335 Franken müssen Schweizer Haushalte jährlich für die SRG bezahlen – selbst wenn sie deren Programme gar nicht konsumieren. Das ist mit Abstand der höchste Wert in ganz Europa! Viele andere Staaten beweisen, dass man auch mit wesentlich weniger Geld öffentlich-rechtliche Programme gestalten kann. In unseren Nachbarländern betragen die jährlichen Gebühren 210 Franken (Deutschland), 175 Franken (Österreich) und 67 Franken (Italien).

Unnötiger Online-Aktivismus

Die Online-Aktivitäten der SRG sind völlig unverhältnismässig und haben längst nichts mehr mit Service Public zu tun. Die SRG betreibt in den sozialen Medien 169 Kanäle! Allein auf Facebook sind es 62 Kanäle, auf YouTube sind es deren 48, auf Instagram 47 und auf TikTok 12 Kanäle (*Quelle: 20min.ch*). Mit ihrem Milliarden-Budget konkurrenziert die SRG auf Social Media Private, welche ohne staatliche Mittel um ihr Überleben kämpfen. Das gehört definitiv nicht zum Leistungsauftrag der SRG. Die Radio- und TV-Gebühren müssen in sachliche Information, Bildung, Kultur und nationalen Zusammenhalt fliessen – nicht in Social-Media-Abenteuer und aufgeblähte Strukturen. Nur ein Ja zur SRG-Initiative bewirkt eine Kurskorrektur, damit die Prioritäten wieder richtig gesetzt werden.

Links-ideologische Beeinflussung

Laut einer Erhebung der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) verorten sich rund 70 % der SRG-Journalisten als links oder sehr links. Diese Schieflage wirkt sich leider auf die Programmgestaltung aus. Statt objektiv und fair zu berichten, sind Beeinflussungen und Weglassungen beim SRF an der Tagesordnung. Immer wieder rügt die Unabhängige Beschwerdeinstanz (UBI) die Berichterstattung in SRF-Sendungen. Zu oft verletzt die SRG die freie Willensbildung der Bevölkerung und ihren gesetzlichen Auftrag zur Ausgewogenheit.

Um die Stimmbevölkerung von einem Nein zur Gebührensenkung zu überzeugen, investiert die SRG-Trägerschaft 400'000 Franken in den Abstimmungskampf. Die SRG tritt damit offiziell als politischer Akteur in Erscheinung und missbraucht die Gebührengelder für Polit-Propaganda. Das ist ein absolutes No-Go! Nur ein Ja zur SRG-Initiative schafft hier Abhilfe! ●

Jetzt Kampagne auf flyer-ueberall.ch unterstützen!

Helfen Sie mit, unsere Argumente für ein Ja zur SRG-Initiative («200 Franken sind genug!») ins Volk hinauszutragen. Auf www.flyer-ueberall.ch können Sie schon mit wenig Geld und wenig Aufwand Versände unserer Flyer in die Haushaltungen ausgewählter Gemeinden sponsern.

Sie sponsern den Postversand, wir übernehmen die Druckkosten und organisieren alles Weitere: Auf diesem bewährten Weg konnte die EDU Schweiz zusammen mit ihren Unterstützern in den letzten Jahren schon weit über eine Million Haushalte erreichen. **Bitte helfen Sie uns bei der SRG-Initiative erneut – damit wir diese wichtige Abstimmung gewinnen!**

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

**Jede
Stimme
zählt!**



Schwerwiegende Mängel im Zulassungsverfahren

Eine amerikanische Studie deckt auf, warum die mRNA-Injektionen nie hätten auf den Markt kommen dürfen.



Dr. med. Karin Hirschi, Redaktion «Standpunkt»

38 Seiten in kleinster Schrift, 293 von den Autoren durchgearbeitete Studien und eine Fülle erdrückender Erkenntnisse: Das ist eine US-amerikanische

Auswertungsstudie vom Januar 2024 mit

dem Titel «COVID-19 mRNA Vaccines: Lessons Learned from the Registrational Trials and Global Vaccination Campaign» * (die COVID-19-mRNA-Impfungen: gewonnene Erkenntnisse aus den Zulassungsverfahren und der weltweiten Impfkampagne).

* 2024 Mead et al. *Cureus* 16(1): e52876. DOI 10.7759/cureus.52876

Wissenschaftlichen Standards nicht erfüllt

Die sieben in den USA bekannten Autoren zeigen mit grosser Sorgfalt und umfangreichen Quellen nachweisen, dass die Zulassungsstudien für den Covid-«Impfstoff» nicht so angelegt waren, dass sie die wesentlichen Fragen hätten beantworten können (Werden Ansteckungen wirklich verhindert? Besteht Schutz vor schweren Verläufen?). Es wurde lediglich geschaut, wie viele geimpfte bzw. nicht geimpfte Versuchspersonen leichte Erkältungssymptome wegen des Coronavirus bekamen. Das waren dann schliesslich nur wenige hundert – viel zu wenige für eine verlässliche Aussage.



Die unerwünschten Wirkungen der mRNA-Präparate wurden nur lückenhaft erfasst und die Studiendauer war zu kurz; viel zu früh wurde zudem die ungeimpfte Vergleichsgruppe aufgelöst. Auch sonst war die Durchführung undurchsichtig. Gegen 400 Teilnehmer «verschwanden» im Lauf der Studie. Warum, blieb unklar: Wollten sie nicht mehr mitmachen? Erkrankten sie oder starben sie gar? Letzteres hätte das Endergebnis stark verändert.

Geschützt zu 95 %?

Die Studienresultate wurden irreführend präsentiert, nämlich nur in Form der sogenannten «relativen Wirksamkeit», die 95 % betrug. Darunter verstand der Bürger im Normalfall: ich bin 95 % geschützt, wenn ich mich impfen lasse. Der tatsächliche Nutzen (die «absolute Wirksamkeit») war aber laut den Zulassungsstudien nur rund 1 %, oder anders ausgedrückt: Man musste über 100 Menschen impfen, um (bestenfalls) *eine* Ansteckung verhindern zu können.

Wie sicher war der Impfstoff?

Alarmsignale, die schon während den Zulassungsstudien auftraten, wurden heruntergespielt. Je mehr Ungereimtheiten nun ans Licht kommen, desto mehr wird auch sichtbar, welch ungeheuerlicher Schaden angerichtet wurde. Die Sache ist noch lange nicht ausgestanden, Langzeitfolgen der Impfung rauben den Betroffenen die Lebensqualität, einige Impfschäden (z.B. Krebs) werden sich erst verzögert zeigen. Seit 2021 haben wir unvermindert eine Übersterblichkeit und einen Geburtenrückgang.

Der Impfstoff, der die (vorläufige) Zulassung erlangte, wurde ganz anders produziert als der Impfstoff, der dann zur Anwendung kam. Dies war ein weiteres, unabschätzbares Sicherheitsrisiko. All dies und noch viel mehr Haarsträubendes zeigen und belegen die sieben Autoren bis ins Detail. Im Rückblick ist es kaum nachvollziehbar, wie die Zulassung durchgeboxt werden konnte, und dass bis heute niemand von den Entscheidungsträgern dafür zur Rechenschaft gezogen wird. Die amerikanische Studie ist seit bald zwei Jahren veröffentlicht – was haben die Verantwortlichen damit gemacht?

Corona-Aufarbeitung in Politik und Gesellschaft

Dem gewöhnlichen Volk wurden die Impfstoffe als «wirksam und sicher» angepriesen. Sie waren weder das eine noch das andere, immer mehr Studien bringen es ans Licht. Auch ist man uns bis heute die Begründung schuldig, ob die massiven Eingriffe in unsere Grundrechte verhältnismässig waren.

Bis die hohe Politik Corona aufarbeitet, wird es möglicherweise noch lange dauern. Was aber hindert uns als Gesellschaft daran, *unseren* Teil aufzuarbeiten? Warum reden wir bis heute nicht offen darüber? Die Spaltung besteht noch immer. Wenn es Regierenden gelingt, einen Teil des Volkes zu Mittätern zu machen (z.B. als Denunzianten oder Mitläufer), werden sich nur wenige getrauen, sich zu wehren, weil sie als «die Bösen» ausgestossen werden. Die meisten werden aus Angst schweigen und mitmachen. Daraus ist es schwierig, wieder herauszukommen.

Dietrich Bonhoeffer hat ein langes Gedicht darüber geschrieben («Nächtliche Stimmen»), in dem er

zeigt, wie leicht man in etwas mit hineingezogen wird, das man gar nicht will, und wie schwer der Umgang mit dieser Schuld ist. Es lohnt sich, das Gedicht in der ganzen Länge zu lesen. Es ermöglicht tiefe Einblicke, es ist tröstlich und es zeigt Auswege. Ich kann aus Platzgründen hier nur wenige Ausschnitte aufführen:

Von Menschen gehetzt und gejagt, wehrlos gemacht und verklagt / unerträglicher Lasten Träger, sind wir selbst die Verkläger. / Wir verklagen, die uns ins Unrecht stiessen, die uns mitschuldig werden liessen... / Doch wenn und jetzt Freiheit und Ehre geraubt, vor Menschen erheben wir stolz unser Haupt, / und bringt man uns in böses Geschrei, vor Menschen sprechen wir selbst uns frei. /

Nur vor Dir, allen Wesens Ergründer, vor Dir sind wir Sünder. / Leidensscheu und arm an Taten, haben wir Dich vor den Menschen verraten. / Wir sahen die Lüge ihr Haupt erheben und haben der Wahrheit nicht Ehre gegeben... / Herr, nach dieser Zeiten Gährung, schenk uns Zeiten der Bewährung! / Lass nach so viel Irregehn uns des Tages Anbruch sehn! ●

Genozid an Christen in Nigeria: Nicht wegschauen!

Christliche Menschenrechtsgruppen und internationale Beobachter sprechen von gezielter Verfolgung oder sogar von Genozid an Christen in Nigeria. Die Weltöffentlichkeit darf nicht länger die Augen vor diesen Gräueln verschliessen.



Benjamin Käser, Mitglied Junge EDU

Die Ursachen für diese fürchterliche und brutale Gewalt sind sehr vielfältig. Einerseits wird sie verursacht von terroristischen Gruppierungen wie Boko Haram und Islamic State West Africa Province, sowie durch Bandenkriminalität. Wiederrum herrschen Konflikte zwischen sesshaften Bauern und nomadischen Fulani-Hirten, die meist auf Ansprüche auf Wasser und Land zurückzuführen sind. Lokale und internationale Experten betonen, dass das Abschachten von Christen nicht allein religiös motiviert ist. Oft spielen auch ökonomische und politische Faktoren eine grosse Rolle.

Massenentführung an christlicher Schule

In den letzten Jahren, insbesondere stark im Jahr 2025, gab es eine grosse Welle an Angriffen auf nigerianische Christen. Im November 2025 kam es zu

einer Massenentführung an der St. Mary's School im Bundesstaat Niger State. Bewaffnete entführten über 300 Schüler und Lehrer einer katholischen Schule. Alle wurden bis Dezember freigelassen, doch das Ereignis gilt als eine der schwersten massenhaften Geiselnahmen 2025. Insbesondere christliche Organisationen wie z.B. Open Doors nehmen Stellung zu dieser abscheulichen Tat an nigerianischen Christen, aber es scheint, dass die Medien oft nicht genau hinsehen, was gerade in Nigeria geschieht.

Die Verfolgung von Christen ist keine Neuheit, sondern schon seit mehr als 2'000 Jahren eine Problematik. Schätzungsweise werden heutzutage 388 Millionen Christen weltweit verfolgt – jeder siebte Christ. Diese Zahl ist in den letzten Jahren rasant und beängstigend gestiegen. Trotz all den historischen Fakten wird mehrheitlich in den Medien darüber geschwiegen. ●

Nein zur Klimafonds-Initiative

Wir Schweizerinnen und Schweizer sind zu Recht stolz auf einen Staatshaushalt, der mit Augenmass geführt wird. Die Klimafonds-Initiative verlangt nun, dass der Bund jedes Jahr 0,5 bis 1 Prozent unseres Bruttoinlandproduktes, also all dessen, was wir gemeinsam in einem Jahr erwirtschaften, in einen neuen Sondertopf einzahlt.



Erich Vontobel, Nationalrat EDU ZH

Das entspricht heute 4 bis 8 Milliarden Franken pro Jahr, 2030 bereits bis zu 9,5 Milliarden Franken. Das Geld soll ausserhalb der Schuldenbremse fliesen, so, als würde man bei einem Lastwagen talwärts die Bremsen aushängen.

Massive Belastung des Bundeshaushalts

Der Bundesrat zeigt klar auf: Der Fonds bläht das Bundesbudget um 5 bis 10 % auf. Langfristig ist das nur mit höheren Steuern oder neuen Schulden zu bezahlen. Jeder fünfte Steuerfranken wäre dann fix für einen einzigen Topf reserviert. Andere Aufgaben wie AHV, Landesverteidigung oder Bildung müssten kürzertreten. Bereits heute investieren wir über 2 Milliarden Franken pro Jahr in Klima-, Energie- und Biodiversitätsprogramme. Dazu kommen marktnahe Instrumente wie die CO₂-Abgabe und der Handel mit Verschmutzungsrechten, auch Emissionshandel genannt; dort zahlt der Verursacher direkt für seinen Ausstoss. Die Initiative kehrt dieses Prinzip um. Am Ende müssen wir alle mit unseren Steuergeldern geradestehen.

Auch unsere Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie empfiehlt die Initiative mit 15 zu

8 Stimmen klar zur Ablehnung. Sie warnt davor, dass wir uns verschulden und dass Firmen staatliches Geld abholen würden, obwohl sie viele dieser Investitionen ohnehin geplant hatten. Das hat zur Folge, dass Unternehmen ihr eigenes Geld zurückhalten und stattdessen unsere Steuergelder einsetzen. Analysen sprechen von einem Umverteilungsprojekt. Besonders Menschen mit normalen Einkommen zahlen drauf, denn bevor der Staat Zuschüsse verteilen kann, muss er ihnen das Geld zuerst über Steuern abnehmen. Wo Milliarden locken, wachsen Bürokratien und Lobbynetzwerke, nicht die Effizienz.

Die Vorlage ist auch demokratiepolitisch heikel. Später genügt eine Verordnung, um den Fonds aufzustocken oder umzuschichten. Das Parlament gäbe einen Teil seiner Budgethoheit aus der Hand. Damit würde ein Parallelbudget geschaffen, das kaum kontrolliert werden kann.

Junge müssten Schulden von morgen bezahlen

Ein Wort zu den Kindern und Enkeln, die man uns gern als moralischen Hebel präsentiert: Genau diese Generation, wie sie heute auch auf der Tribüne vertreten ist, müsste die Schulden von morgen zurückbezahlen. Das sogenannte Emissionsvolumen, also die Summe frisch ausgegebener Bundesanleihen, würde sprunghaft steigen und höhere Zinskosten fressen – Mittel, die wir besser in die Forschung oder Pflege stecken.

Klimaschutz braucht kluge Regeln und Anreize, keine Giesskanne. Wer eine Wärmepumpe oder Solarzellen installiert, soll von tieferen Betriebskosten profitieren, nicht von Subventionen, die die eigenen Steuern erhöhen. Unser bewährter Mix aus Lenkungsabgaben, gezielter Förderung und Innovation wirkt. Lassen wir ihn arbeiten, statt alles mit einem Schuldenmonster zu überfrachten. Darum bitte ich Sie im Namen eines haushälterischen, freiheitlichen und zukunftsorientierten Landes: Sagen wir Nein zur Klimafonds-Initiative. ●

Dieses Votum hielt Erich Vontobel am 19. Juni 2025 im Nationalrat.





Wer Freiheit ernst meint, muss Schutz gewährleisten

Der tragische Vorfall in Crans-Montana ist erschütternd. Junge Menschen mit Potenzial, Hoffnungen und Zukunft haben ihr Leben verloren – jeder einzelne Tod ist unnötig und zutiefst traurig. Dieses Unglück verlangt Mitgefühl, Respekt und Anteilnahme für die Betroffenen. Doch politische Verantwortung erschöpft sich nicht in Betroffenheit. Sie beginnt dort, wo unbequeme Fragen gestellt werden.



Katharina Baumann, Grossrätin

Neben dem enormen Ausmass missachteter Vorschriften und begangener Fehler ist diese Tragödie Ausdruck eines kollektiven Versagens. Sicherheit ist keine Privatangelegenheit – sie ist ein staatlicher und gesellschaftlicher Auftrag. Wer Verantwortung trägt, darf einen solchen Vorfall nicht als bedauerlichen Einzelfall ablegen, sondern muss strukturelle Konsequenzen ziehen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Minderjährige an Anlässen teilnehmen, deren Risiken selbst für Erwachsene kaum abschätzbar sind. Hier geht es nicht um die Einschränkung von Freiheit, sondern um Schutz. Wenn Altersgrenzen aufgeweicht, Zuständigkeiten verwischt und Gefahren verharmlost werden, entsteht ein gefährlicher Graubereich – mit vorhersehbaren Folgen. Der Staat darf dort nicht wegsehen, wo Schutzpflichten verletzt oder relativiert werden.

Aus der täglichen Arbeit mit besonders vulnerablen Kindern und Jugendlichen weiss ich: Gewaltbereitschaft, Enthemmung, grob sexualisierte Sprache und ein erschreckender Mangel

an Empathie sind keine Randphänomene mehr. Dieses Verhalten zeigt sich zunehmend an Sportveranstaltungen, Kundgebungen, im öffentlichen Raum oder im Ausgang. Instrumente, die Freiheit und Teilhabe sichern sollen, werden missbraucht für egoistisches und rücksichtsloses Verhalten. Das ist kein individuelles Problem einzelner Jugendlicher – es ist ein Spiegel unserer Gesellschaft.

Besonders beunruhigend ist die Selbstverständlichkeit, mit der Erwachsene wegsehen oder rechtfertigen. Statt Schutz zu bieten, wird Freiheit vorgetäuscht. Statt Führung zu übernehmen, wird Verantwortung delegiert. Kinder und Jugendliche zahlen den Preis für diese Bequemlichkeit.

Gesellschaftliche Sicherheit entsteht nicht durch Appelle, sondern durch klare Regeln, verbindliche Zuständigkeiten und den Mut zu Konsequenzen. Wer Freiheit ernst meint, muss Schutz gewährleisten. Wer Prävention will, muss handeln, bevor etwas geschieht. Alles andere ist politisches Wegschauen – und das dürfen wir uns nicht länger leisten. •



Parolen der Delegiertenversammlung

Die Delegierten der EDU Kanton Bern trafen sich in Münsingen zur ersten Delegiertenversammlung des Jahres 2026. Dabei fassten die Delegierten die Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 8. März 2026.

Redaktion EDU Kanton Bern

 Volksinitiative

1) «Bargeld ist Freiheit» und direkter Gegenentwurf

Parole Initiative:
Ja: 34 / Nein: 0 / Enthaltungen: 0
(einstimmig)

Parole Gegenvorschlag:
Ja: 28 / Nein: 6 / Enthaltungen: 0

Stichentscheid:
Volksinitiative: 32 / Gegenvorschlag: 2

JA-Parole

 Volksinitiative

2) «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)»

Ja: 32 / Nein: 1 / Enthaltungen: 1

JA-Parole

 Volksinitiative

3) «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)»

Ja: 0 / Nein: 34 / Enthaltungen: 0
(einstimmig)

NEIN-Parole

4) Bundesgesetz über die Individualbesteuerung (indirekter Gegenvorschlag zur Steuergerechtigkeits-Initiative)

Ja: 0 / Nein: 34 / Enthaltungen: 0
(einstimmig)

NEIN-Parole





Abschaffung des Eigenmietwerts

Mit der Annahme der Abschaffung des Eigenmietwerts steht der Kanton Bern vor weitreichenden steuerpolitischen Fragen. Besonders Tourismusgemeinden mit vielen Zweitwohnungen könnten empfindliche Einnahmeausfälle erleiden und stehen vor komplexen gesetzlichen Anpassungen.

Willy Schranz, Grossrat



Am 28. September 2025 hat das Schweizer Stimmvolk mit einem Ja-Anteil von 57,7 % der Abschaffung des Eigenmietwertes bei selbstgenutztem Wohneigentum zugestimmt. Dieser Entscheid hat insbesondere für Tourismusgemeinden mit einem hohen Zweitwohnungsanteil erhebliche steuerliche Auswirkungen, da diese Liegenschaften künftig von dieser Steuer befreit werden.

Mit dem Wegfall dieser Einnahmen entstehen für die betroffenen Gemeinden Steuerausfälle in beträchtlichem Ausmass. Gleichzeitig wird den Kantonen ermöglicht, auf überwiegend selbstgenutzten Zweitliegenschaften eine Objektsteuer zu erheben. Im Kanton Bern besteht bereits heute die Möglichkeit, auf kommunaler Ebene eine zweckgebundene Zweitwohnungssteuer einzuführen.

In einer von mir vor der Abstimmung eingereichten Interpellation habe ich den Regierungsrat gefragt, ob er bereit ist, bei einer

Annahme der Vorlage die gesetzlichen Grundlagen für eine solche Steuer zu schaffen und wie der zeitliche Ablauf der Umsetzung aussehen könnte. Der Regierungsrat hat erklärt, dass er die Einführung einer solchen Steuer im Kanton Bern prüfen will.

Die Einführung würde mehrere Anpassungen erfordern. Notwendig wären eine Verfassungsänderung mit obligatorischer Volksabstimmung sowie eine Anpassung des Steuergesetzes. Zudem müssten die Gemeinden, die eine solche Steuer erheben wollen, entsprechende rechtliche und reglementarische Grundlagen schaffen.

Der Regierungsrat hat weiter ausgeführt, dass eine Einführung aufgrund des Gesetzgebungsprozesses frühestens im Jahr 2029 möglich ist. Sollte die nationale Umsetzung früher erfolgen, könnte es zu zeitlichen Überschneidungen und damit zu Steuerausfällen für die Gemeinden kommen. Es gilt deshalb zu prüfen, ob dieser Prozess allenfalls beschleunigt werden kann. •

Auch im Februar lädt die EDU Kanton Bern im ganzen Kanton zu spannenden Anlässen mit EDU-Exponenten ein. Ganz besonders freuen wir uns, Herrn Ahmad Mansour als Referenten für je ein Referat in Wichtrach und Interlaken gewonnen zu haben.

EDU Kanton Bern

Ahmad Mansour ist ein deutsch-israelischer Psychologe und Extremismusforscher sowie einer der bekanntesten Experten im deutschsprachigen Raum zu Islamismus, Radikalisierung und Integration. Er berät Politik, Sicherheitsbehörden und Bildungseinrichtungen und engagiert sich seit Jahren in der Präventionsarbeit mit Jugendlichen. Dabei verbindet er persönliche Erfahrung mit wissenschaftlicher Analyse und setzt sich klar für demokratische Werte, Meinungsfreiheit und einen aufgeklärten Umgang mit dem Islam ein.

«Vom Nahen Osten in die Schweiz – Politischer Islam als Herausforderung für unsere freie Gesellschaft»

Mi. 25. Februar 2026, 19:30 Uhr
TOPOFF, Untere Bönigstrasse 35,
3800 Interlaken

Do. 26. Februar 2026, 19:30 Uhr
Christliches Zentrum Thalgut, Sägebachweg 1,
3114 Wichtrach

Agenda



Agenda

Zusätzlich laden die EDU-Regionalparteien im ganzen Kanton zu weiteren Anlässen ein:

«EDU bi dä Lüt» mit Nationalrat Andreas Gafner, Grossrat Hansueli Grädel und Grossrätin Barbara Maurer, Moderation: Andreas Gugler mit anschliessendem Apéro

Do. 29. Januar 2026, 19:30 Uhr

Forum Geissberg, Melchnaustrasse 9, 4900 Langenthal

«EDU bi dä Lüt» mit Nationalrat Andreas Gafner, Grossrat Willy Schranz, Grossrat Dominik Blatti und Grossrätin Katharina Baumann, Moderation: Stephan Stoller

Anschliessend: Ziebel & Hobelkäse

Mi. 4. Februar 2026, 20:00 Uhr

Oberstufenschule Dorf, Zelgstrasse 1, 3715 Adelsboden

EDU-Anlass mit Grossrätin Barbara Maurer, Ruedi Oppliger (Gemeinderat Rüegsau) und Tino Hofer (Bauchredner)

Do. 5. Februar 2026, 19:30 Uhr

Aula, Alte Rüegsaustrasse 13, 3415 Rüegsau

Wahlanlass der Regionalpartei Mittelland-Nord mit Nationalrat Andreas Gafner und den Kandidierenden für den Grossen Rat

Di. 3. März 2026, 19:30 Uhr

Reberhaus Bolligen, Kirchstrasse 9, 3065 Bolligen

Beten bewegt

Julian Keller

Für andere zu beten fällt uns oft leicht. Doch das persönliche Gebet für uns selbst ist genauso wichtig – nicht aus Egoismus, sondern um unsere Beziehung zu Gott lebendig und wach zu halten.

Für die Anliegen und Nöte anderer Menschen zu beten, dazu sind wir meist schnell bereit. Um Heilung zu bitten oder um Weisheit für richtige Entscheidungen – Fürbitte ist für viele von uns selbstverständlich.

Manchmal vergessen wir jedoch, für uns selbst zu beten. Mir geht es zumindest gelegentlich so, dass ich mich selbst aus dem Blick verliere. Dabei ist nichts falsch daran, Gott auch für mich um Schutz, Weisheit, ein verständiges Herz sowie um offene Augen und Ohren für seinen Plan und sein Reden in meinem Leben zu bitten.

Viele Menschen, von denen wir in der Bibel lesen, waren Fürbitter. Sie haben

aber auch für sich selbst gebetet und sich so auf ihre Aufgaben vorbereitet. Damit ihre Verbindung zum himmlischen Vater enger wird. Damit ihr Herzschlag mit dem Herzschlag Gottes «synchronisiert» wird.

Vieles können wir aus der Bibel lernen, aus Büchern oder aus eigenen Erlebnissen. Doch ich glaube: Um mit Gott auf dem aktuellsten Stand zu sein, um meine eigene Herzensbeziehung zum Vater zu pflegen, brauche ich das Gebet für mich ganz persönlich.

Das hat nichts mit Egoismus zu tun. Das Gebet für mich selbst bewegt mein Herz – hin zu Gott. •



EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

EDU KANTON BERN

Erlenauweg 17
3110 Münsingen

Telefon 031 991 40 40
info@be.edu-schweiz.ch
edu-be.ch

REDAKTION

Samuel Kullmann

GESTALTUNG

mj-design.ch

DRUCK UND SPEDITION

Jordi AG, Belp

FOTOS

Seite 1, 2, 4: AdobeStock
Seite 3: AdobeStock, ©Heike Steinweg

Nein zur Individualbesteuerung

Die EDU lehnt zusammen mit einer breiten überparteilichen Allianz, zu der unter anderem Die Mitte, SVP, EVP, EDU, der Schweizer Bauernverband, der Gewerbeverband und die IG Familie 3plus gehören, die Einführung der Individualbesteuerung entschieden ab. Die Reform, die als Lösung gegen die sogenannte Heiratsstrafe präsentiert wird, würde in Wirklichkeit neue Ungerechtigkeiten schaffen, die Bürokratie massiv ausbauen und hohe Kosten für Bund, Kantone, Gemeinden und Steuerzahler verursachen.

Andreas Gafner, Nationalrat EDU BE



Die Individualbesteuerung würde insbesondere Ehepaare mit nur einem Einkommen, Familien mit geringem Zweiteinkommen sowie Rentnerpaare benachteiligen. Während wenige Doppelverdiener-Ehepaare mit sehr hohen

Einkommen profitieren würden, müsste die grosse Mehrheit der Bevölkerung mit einer höheren Steuerbelastung rechnen. Gemäss vorliegenden Berechnungen würden 78 Prozent der steuerlichen Entlastungen den reichsten 16 Prozent der Haushalte zugutekommen – bestehende Ungleichheiten würden damit verstärkt statt beseitigt.

Nein zur Familienstrafe

Die Vorlage gibt vor, die Heiratsstrafe abzuschaffen – in Tat und Wahrheit führt sie neu aber eine «Familienstrafe» ein. Die Individualbesteuerung ist ein Angriff auf das Herz unserer Gesellschaft – auf die Familie. Sie krempelt das heutige Steuersystem, das die Ehe als Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft anerkennt, radikal um. Hinter der technischen Fassade der Individualbesteuerung verbirgt sich eine ideologische Agenda. Die Ehe als Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft soll entwertet, der familiäre Zusammenhalt geschwächt und das Individuum aus seinem sozialen Kontext gelöst werden. Die alleinstehende Person wird zum steuerlichen Mass für alle. Das ist falsch und geht an der Realität vorbei.

Die Individualbesteuerung ist ungerecht, weil sie Ehepaare, die ihre Kinder selber betreuen, steuerlich spürbar benachteiligt. Für die EDU und mich ist eine solche Reform ein «No-Go» zulasten von oft kinderreichen Einverdiener-Haushalten. In der Praxis werden Ehepaare mit zwei Kindern und einem Alleinverdiener-Einkommen von 120'000 Franken mit Mehrbelastungen von mehreren tausend Franken pro Jahr rechnen müssen. Familien unter 250'000 Franken Einkommen gehören systematisch zu den Verlierern.

Wenn sich ein Ehepaar gemeinsam dafür entscheidet, dass ein Elternteil zu Hause bei den Kindern bleibt, darf das nicht zu steuerlicher Bestrafung führen. Aber genau das passiert mit der Individualbesteuerungsvorlage: die traditionelle Familie wird steuerlich benachteiligt. Dabei sind intakte, gesunde Familien das



Rückgrat unserer Gesellschaft. Gerade in einer Zeit, in welcher der Mittelstand durch hohe Krankenkassenprämien und steigende Lebenshaltungskosten zu leiden hat, ist es das völlig falsche Signal, eine der wichtigsten Stützen unserer Gesellschaft so zu schwächen.

Bürokratiemonster ohne Mehrwert

Mit der Individualbesteuerung müssten Ehepaare künftig zwei Steuererklärungen statt einer einreichen. Dies würde jährlich rund 1,7 Millionen zusätzliche Steuererklärungen bedeuten. Um diese zu bearbeiten, müssten Kantone und Gemeinden tausende zusätzliche Vollzeitstellen schaffen und Millionenbeträge in neue IT-Systeme investieren – ohne jeglichen Mehrwert für die Bevölkerung. Zudem wären Ehepaare gezwungen, ihr gemeinsames Vermögen – Bankkonten, Liegenschaften und weitere Vermögenswerte – künstlich aufzuteilen, vergleichbar mit einer Scheidung. Dies führt zu Rechtsunsicherheit und einem erheblichen administrativen Mehraufwand.

Es gibt bessere Lösungen

Die Heiratsstrafe kann einfacher und ohne Individualbesteuerung abgeschafft werden – wie die Mehrheit der Kantone bereits gezeigt hat. Es besteht kein Bedarf, ein bewährtes System abzubauen, das die Ehe als solidarische Wirtschaftsgemeinschaft anerkennt. ●

Junge EDU startet eigenen Podcast

Mit dem neu veröffentlichten YouTube-Video zu Ehe, Partnerschaft und Treue gewährt die Junge EDU einen ehrlichen, humorvollen sowie bewusst intimen Einblick in die Beziehungen der Personen, die den Aufbau der Jungpartei in den vergangenen Jahren geprägt haben.

Timmy Frischknecht, Präsident Junge EDU Schweiz



Abschluss und Generationenwechsel
Das Video wurde im Juni mit dem damaligen Vorstand aufgezeichnet und nun veröffentlicht. Damit markiert es nicht nur den Abschluss der ersten Vor-

standsgeneration der Jungen EDU, sondern auch den Start für eine neue Positionierung der Jungpartei in den sozialen Medien. Die erste Vorstandsgeneration hat den Grundstein gelegt – nun folgt der bewusste Generationenwechsel. Eine neue Generation wird Verantwortung übernehmen – mit neuen Ideen, neuen Schwerpunkten und dem klaren Ziel, das eigene Profil der Jungen EDU weiter zu schärfen.

Kernthemen und politische Einordnung

Der YouTube-Kanal der Jungen EDU wird künftig sowohl die Kernthemen der Jungpartei als auch allgemeine politische Fragestellungen aufgreifen. Ziel ist es, politische Inhalte sachlich und verständlich einzuordnen, Position zu beziehen und junge Menschen zur aktiven Meinungsbildung zu ermutigen. Gerade für Jungparteien ist die digitale Präsenz kein Zusatz, sondern Teil politischer Verantwortung. Politische Meinungsbildung findet längst auch auf digitalen Plattformen statt. Wer dort nicht präsent ist, überlässt das Feld anderen. ●



Mitmachen und weitertragen

Zum Video auf YouTube:

www.youtube.com/watch?v=fsZsTQ0uoq8



An dieser Stelle ermutigen wir einmal mehr, junge Leute auf die Junge EDU aufmerksam zu machen: Abonniert den Kanal, sprecht Leute aus Eurem Umfeld auf die Junge EDU an und empfiehlt das Angebot jungen Christen zwischen 14 und 35 Jahren weiter. Und wenn du selber in diesem Alter bist und dich für Politik interessierst, registrierst du dich am besten direkt auf der Website der Jungen EDU als Mitglied oder Sympathisant:

jedu.ch/werde-mitglied



Linksextremismus stoppen – ein notwendiges Zeichen für den Rechtsstaat

Die Junge EDU hat die Petition «Linksextremismus stoppen – Antifa-Verbot jetzt» offiziell eingereicht. Damit wird ein politisches Anliegen aufgegriffen, das lange verharmlost oder ideologisch relativiert wurde: die zunehmende Gewaltbereitschaft und Radikalisierung linksextremer Gruppierungen in der Schweiz.

Sachbeschädigungen, Einschüchterungen, Angriffe auf politische Gegner und gezielte Störungen demokratischer Prozesse sind keine Bagatelldelikte. Wer den Rechtsstaat ernst nimmt, darf Extremismus nicht nach politischer Farbe bewerten. Gewalt bleibt Gewalt – unabhängig davon, ob sie von links oder rechts kommt.

Keine Toleranz gegenüber politischer Gewalt

Die Antifa tritt nicht als lose Jugendbewegung auf, sondern als ideologisch geprägtes Netzwerk, das Gewalt als legitimes politisches Mittel rechtfertigt. Das widerspricht fundamental den Grundwerten unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und politi-

sche Beteiligung enden dort, wo Einschüchterung, Sachbeschädigung und körperliche Gewalt beginnen. Die Petition fordert deshalb ein klares und konsequentes Vorgehen gegen linksextreme Strukturen. Nicht aus parteipolitischen Kalkül, sondern aus Verantwortung gegenüber dem Rechtsstaat und der inneren Sicherheit unseres Landes.

Der Staat darf nicht wegschauen

Besorgniserregend ist nicht nur die Existenz extremistischer Gruppierungen, sondern auch die oft zögerliche Haltung von Politik und Behörden. Während bei anderen Formen des Extremismus zu Recht rasch reagiert wird, wird linksextreme Gewalt vielfach relativiert oder politisch entschuldigt. Diese Doppelmoral untergräbt das Vertrauen in den Staat. Der Rechtsstaat lebt davon, dass Regeln für alle gelten – ohne ideologische Ausnahmen.

Ein klares Signal aus der Zivilgesellschaft

Mit der Einreichung der Petition setzt die Junge EDU ein klares Zeichen: Extremismus hat in der Schweiz keinen Platz. Wer politische Anliegen hat, soll sie mit Argumenten vertreten – nicht mit Gewalt, Angst oder Zerstörung. ●

Die Petition ist auf der Website der Jungen EDU vollständig einsehbar:
www.jedu.ch/aktuelles



Zum Video mit Erich Vontobel:

<https://www.youtube.com/watch?v=Cusu6Qn6bMc>



Power-Seminar

Führung auf den Punkt gebracht

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union



Zusammenarbeit EDU Kanton Zug und ICCC Schweiz

Power-Seminar TWL «Verändertes Arbeitsleben»

Die ICCC-Seminarreihe „Transformed Working Life“ (TWL) - Verändertes Arbeitsleben - zeigt auf, dass Arbeit eine zentrale Berufung Gottes für jeden Menschen ist. Arbeit bedeutet dann am meisten, wenn wir etwas für jemanden tun, als Dienstleister einen Mehrwert für andere schaffen. Zur Erneuerung unseres Denkens durch Gottes Wahrheit ermöglichen diese Power-Meetings eine Neuorientierung, weg vom humanistischen Weltbild hin zu einem biblischen Verständnis. Anstatt primär auf unsere eigenen Stärken, Wünsche und Fähigkeiten zu bauen, werden wir frei vom Leistungsdruck und arbeiten in göttlichem Frieden.

Power-Meetings:

- Sa 07.02.2026 – Salbung und Frucht bringen
- Sa 14.03.2026 – Wohlstand und Erfolg
- Sa 11.04.2026 – Glaube am Arbeitsplatz
- Sa 09.05.2026 – Erneuerung des Denkens
- Sa 13.06.2026 – Strategien des Himmels
- Sa 19.09.2026 – Verwalterschaft
- Sa 17.10.2026 – Dienende Führung

Sind Sie dabei – wir freuen uns auf Sie!

Unkostenbeitrag:
CHF 50.- pro Meeting
inkl. Frühstück

Ablauf:
09:00 – 10:00 Uhr
Gemeinsames Frühstück
10:00 – 12:00 Uhr
Power-Meeting und Gebet

Ort:
Restaurant Revive
Lettenstrasse 7
6343 Rotkreuz

Anmeldung:
www.edu-kanton-zug.ch/kontakt

EDU Kanton Zug / Der Wahrheit verpflichtet

Garantensystem zur Unterwanderung von Institutionen

Wie einem Bericht von «Israel heute» und des Forschungsinstituts www.NGO-monitor.org zu entnehmen ist, zeigen interne Hamas-Dokumente auf, wie die Terrororganisation die systematische Kontrolle über Hilfsorganisationen (NGO), politische Institutionen und Medienagenturen übernommen hat.

Wie aus den Dokumenten hervorgeht, baute die Hamas ein sogenanntes «Garantensystem» auf. Damit ist es der Terrororganisation gelungen, systematisch die Kontrolle über nahezu alle NGOs zu erlangen, wie auch politische Institutionen und Nachrichtendienste unter ihren Einfluss zu bekommen. Indem die Hamas ihr wohlgesinnte Mitarbeiter (Garanten) in die Führungspositionen einschleusen konnte, erhielt die Terrororganisation nicht nur wichtige Informationen aus erster Hand, sondern konnte gleich auch Entscheidungsprozesse und Medienarbeit beeinflussen. Die Garanten waren angehalten, sich still und unauffällig zu verhalten und mit den entsprechenden Organisationen/Institutionen zu kooperieren. Dank dieses Garantensystems war es der Terrororganisation gelungen, unauffällig den Überfall vom 7. Oktober 2023 auf Israel zu organisieren, vorzubereiten und auszuführen. Folgeschwer ist, dass die Hamas verschiedene Nachrichtenagenturen zu ihren Gunsten und gegen Israel beeinflussen konnte und immer noch kann. Der Einfluss der Terrororganisation auf die Nachrichtenagenturen hat sehr viel zur Wiederbelebung des weltweiten Antisemitismus beigetragen.

Freidenkerische Untergrabung des Christentums

So wie das Garantensystem der Hamas gegen Israel funktionierte, so funktioniert aber auch der freidenkerische Einfluss auf alle Institutionen der christlichen Länder. Mit Hilfe der verschiedenen

Service-Clubs haben die Freimaurer ihre Gewährsleute in Politik, Ämter, Redaktionen, Bildung und sogar in Kirchen und Gemeinden eingeschleust. Unter dem Motto, «sich still und unauffällig zu verhalten und zu kooperieren!», ist es den Freidenkern schon seit Jahrzehnten gelungen, das Christentum zu untergraben und das christliche Gedankengut in Frage zu stellen.

In Medienkampagnen werden die Männer als böse Patriarchen, Vergewaltiger und Frauenhasser dargestellt und die Frauen als ewig benachteiligte und ausgenutzte Wesen, welche von ihrem Joch befreit werden müssten. Die Schöpfungsordnung von Mann und Frau wird durch die Gender-Ideologie in Frage gestellt und wer etwas gegen den Woke-Sprachgebrauch hat, wird als Feind der sozialen Gerechtigkeit gebrandmarkt. Natürlich findet sich immer und überall ein Gewährsmann oder eine Gewährsfrau, welche die verbreiteten irren Ansichten und antichristlichen Theorien schönredet und bestätigt.

«Toleranz» als Totschlag-Argument

Weil diese die Gewährsleute (Garanten) der freidenkerischen Organisationen sich unauffällig und kooperierend verhalten, ist es ihnen sogar gelungen, in nahezu allen christlichen Kirchen und -Gemeinden die Lehre von der Geburt, vom Tod, der Auferstehung Jesu Christi und der Vergebung unserer Sünden durch den Glauben an das Erlösungs-Werk Jesu Christi durch verschiedenste Irrlehren zu verunstalten. Die «Toleranz» ist zu einem Rundumtotschlag-Argument gegen die echte christliche Nächstenliebe geworden. So, auf diesem Weg, wurde im christlichen Abendland das christliche Gedankengut und damit der rettende Glaube an Jesus Christus praktisch eliminiert, ohne dass ihre Mitglieder es bemerkten. ●

Arthur Bosshart, Präsident Verein für Erdbestattung und Persönlichkeitsschutz (VE+P)

Israel liebende Familie
SUCHT
Wohnung oder Haus
in Israel zu kaufen



079 783 98 28
israel-freunde@gmx.ch

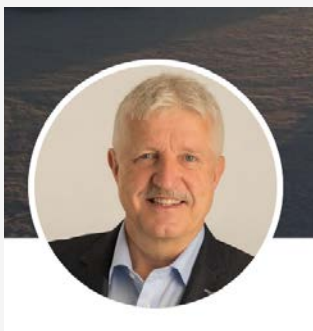
klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

Jetzt Flyerversand sponsern auf flyer-ueberall.ch

Helfen Sie mit, unsere Argumente für ein Ja zur SRG-Initiative («200 Franken sind genug!») ins Volk hinauszutragen. Auf www.flyer-ueberall.ch können Sie mit wenig Aufwand Versände unserer Flyer (Wickelfalz, 6-seitig) in die Haushaltungen ausgewählter Gemeinden ermöglichen. Machen Sie auch mit? Wir freuen uns über jede Unterstützung. Herzlichen Dank.



Swisscom und Sunrise kippen Al Jazeera aus Programm

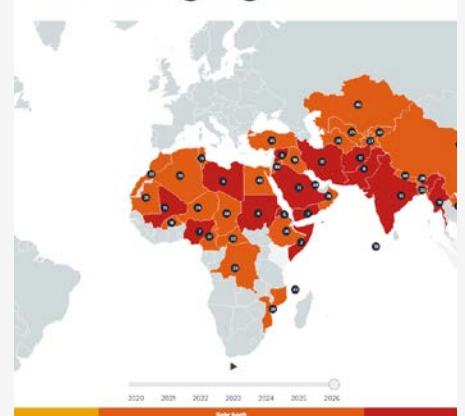
Der arabischsprachige TV-Sender Al Jazeera ist in der Schweiz seit Dezember 2025 nicht mehr empfangbar. Swisscom und Sunrise nahmen den Kanal aus dem Angebot, nachdem Hinweise auf mögliche Verstösse gegen Schweizer Recht eingegangen waren. Kritisiert wurde insbesondere mutmassliche Hamas-Propaganda, was im Widerspruch zum seit Mai 2025 geltenden Hamas-Verbot steht. Eine zentrale Rolle spielte EDU-Nationalrat Erich Vontobel, der das Thema in der Fragestunde des Nationalrats aufgriff und Medienminister Albert Rösti direkt fragte, ob Hamas-Propaganda bei der Swisscom geduldet werde. Kurz nach dieser Intervention reagierten die Anbieter und stoppten die Ausstrahlung. Einmal mehr zeigte sich: Die «kleine EDU» kann Grosses bewirken!

388 Millionen Christen verfolgt

Die Christenverfolgung hat weltweit weiter stark zugenommen. Laut Weltverfolgungsindex 2026 von Open Doors sind inzwischen 388 Millionen Christen wegen ihres Glaubens schwerer Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt – acht Millionen mehr als im Vorjahr. Im Berichtszeitraum wurden weltweit 4'849 Christen wegen ihres Glaubens getötet, wobei Nigeria mit 3'490 Opfern erneut das globale Epizentrum tödlicher Gewalt darstellt. Auch sexuelle Gewalt nahm massiv zu: Die Zahl dokumentierter Übergriffe, Vergewaltigungen und Zwangsehen stieg von 3'944 auf 5'202 Fälle. Besonders dramatisch ist die Lage in Syrien, das im Index von Platz 18 auf Platz 6 vorrückte. Nach dem Sturz Assads und der Machtübernahme von Islamisten hat dort die Gewalt gegen Christen stark zugenommen. Hohe Gewaltwerte verzeichnen auch Sudan (Platz 4), Nigeria (7) und Mali (15). In Ländern wie China und Algerien wächst der Druck weniger durch offene Gewalt als durch massive staatliche Repression.

Weitere Infos: www.opendoors.ch/index

Weltverfolgungsindex 2026



Iran: Ein Volk steht auf gegen die Mullah-Diktatur

Im Iran halten die Proteste gegen das Mullah-Regime unvermindert an, Historisches spielt sich ab: Aller Repressionen zum Trotz gehen die Menschen immer wieder erneut auf die Strasse. Der Widerstand richtet sich nicht nur gegen den Kopftuchzwang, sondern gegen ein System aus Unterdrückung, Gewalt und Angst. Frauen stehen im Zentrum der Bewegung. Sie fordern Selbstbestimmung, Freiheit und ein Leben ohne staatliche Bevormundung. Getragen werden die Proteste auch von einer jungen Generation, die nicht länger schweigen will. Schülerinnen, Studentinnen und Teenagerinnen verbrennen Hijabs, tanzen mit offenen Haaren und rufen «Frau, Leben, Freiheit». Die Antwort des Regimes ist brutal: Verhaftungen, Folter, gezielte Schüsse auf Demonstranten. Auch Exil-Iraner sprechen von einem Regime ohne Legitimation, das weder Wohlstand noch Freiheit bietet – und dessen Gewalt immer mehr Menschen auf die Strasse treibt. Mögen unsere Gedanken bei den Menschen im Iran sein, die sich entschlossen von einem jahrzehntelangen Joch befreien wollen und offenbar bereit sind, dafür grösste Opfer zu erbringen.

Eigene Bürger im Stich lassen?

Die Schweiz will es wohl prioritär mit der EU nicht verderben. Warum sonst opfert sie Schweizer fernab jeglicher Menschenrechte, wenn diese vom EU-Rat sanktioniert werden? Ihr «Verbrechen» ist die freie Meinungsäusserung. Äusserst bedenklich, dass sich Schweizer Diplomaten und das EDA nicht oder nur zaghaft gegen die Sanktionen gewehrt haben.



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Eine Person kann noch so morden, foltern, stehlen oder einen immensen Sachschaden anrichten, aber sie hat das Recht auf Verteidigung und einen Gerichtsprozess auf der Grundlage von

Recht und Ordnung. Die schlimmste Strafe für diese Vergehen ist eine lebenslange Verwahrung oder eine lebenslängliche Inhaftierung. In Haft wird sodann für die grundlegenden Bedürfnisse wie Unterkunft, Essen und mehr gesorgt. Wird jemand sanktioniert, gelten selbst diese Rechte nicht, wie folgende Beispiele zeigen:

Schweizer Youtuberin

Nathalie Yamb wurde im letzten Juni vom EU-Rat auf die Sanktions-Liste gestellt. Da ihr keine Straftat vorgeworfen wird, kann sie sich auch nicht auf die Unschuldsvermutung berufen. Zurzeit lebt sie in Afrika, trotzdem sind die Auswirkungen gravierend. Dabei wurden die EU-Sanktionen von der Schweiz nie offiziell übernommen. Die Schweizer Banken haben in vorauseilendem Gehorsam sämtliche Konten der schweizerisch-kamerunischen Doppelbürgerin gekündigt. Yamb hat keinen Zugang zu Währungen und kann weder Debit- noch Kreditkarten oder Twint nutzen. Weil Yamb auf der schwarzen Liste der Banken steht, nehmen diese weder Zahlungen auf das Konto eines Vermieters noch einer Krankenkasse entgegen. Auch ist es ihr verboten, in EU-Länder einzureisen oder über EU-

Territorium zu fliegen. Gemäss der Youtuberin kann sie von der offiziellen Schweiz keine Hilfe erwarten. Ihr Vergehen: Sie soll prorussische Positionen vertreten.

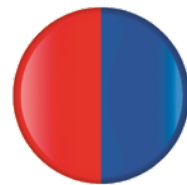
Ehemaliger Schweizer Geheimdienst-offizier und pensionierter Oberst

Ebenso waren Jacques Bauds Analysen zum Ukraine-Krieg unerwünscht. Die Einordnungen des erfahrenen Beraters und Friedensstifters in anderen Konflikten passen auch bei ihm nicht ins gegenwärtige Narrativ. Deshalb wurde er kürzlich vom EU-Rat durch einen politischen Beschluss sanktioniert. Er hat kein Recht auf Verteidigung oder ein rechtliches Verfahren. Mit dem in nachrichtendienstlichen und sicherheitspolitischen Fachkreisen bekannten Baud wird signalisiert, den offiziellen Kurs des (irrtumslosen?) EU-Rats nicht infrage zu stellen. Die Auswirkungen für den in Brüssel lebenden Baud sind gravierend: Seine Konten sind gesperrt. Er kann weder kaufen noch verkaufen und Menschen, die ihm helfen, machen sich strafbar.

Rechtsgrundlagen und Menschenrechte wanken

In der Präambel der Bundesverfassung heisst es, dass «frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht und dass sich die Stärke des Volkes am Wohl des Schwachen misst». In Artikel 16, Abschnitt 2 steht: «Jede Person hat das Recht, ihre Meinung frei zu bilden und sie ungehindert zu äussern und zu verbreiten.» Leider scheinen diese Grundsätze immer weniger zu gelten, wenn diese den Interessen von Regierungen zuwiderlaufen. Auch im Strafgesetzbuch der Schweiz ist festgehalten, dass eine Strafe oder Massnahme nur wegen einer Tat verhängt werden darf, die das Gesetz ausdrücklich unter Strafe stellt. Im Artikel 10 der Allgemeinen Menschenrechte wird bei einer strafrechtlichen Beschuldigung der Anspruch auf ein gerechtes und öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht garantiert. Artikel 19 nennt die freie Meinungsäusserung als Menschenrecht. Aber die EU entwickelt sich immer mehr zu einem moralisierenden und bevormundenden Koloss und die Schweiz duckt sich und lässt seine Bürger hängen. Demokratien leben vom Austausch freier Meinungen oder sie gehen unter. ●





Asilanti problematici

La gestione dei richiedenti l'asilo problematici nel Basso Mendrisiotto torna a far discutere e mette nuovamente in luce la distanza tra le decisioni della Segreteria di Stato della migrazione (SEM) e le preoccupazioni delle autorità locali.

Edo Pellegrini, presidente UDF Ticino

Il progetto pilota annunciato da Berna, che prevede la separazione dei migranti indisciplinati in reparti securizzati all'interno dei Centri federali d'asilo di Pasture a Balerna e di Flumenthal, è stato accolto con forte scetticismo dai Municipi di Balerna, Chiasso e Novazzano, che parlano apertamente di una decisione calata dall'alto.

Da anni i Comuni del Basso Mendrisiotto segnalano alla Confederazione le ripercussioni sul territorio causate da una minoranza di richiedenti l'asilo con comportamenti problematici: disordini, insicurezza percepita e tensioni con la po-

polazione residente. Fenomeni che, sottolineano i sindaci, finiscono per danneggiare anche la maggioranza dei richiedenti che rispettano le regole. In questo contesto, la scelta della SEM appare paradossale: invece di rafforzare la separazione dei casi più problematici dal contesto locale, si decide di mantenerli nei centri ordinari, seppur in aree interne separate.

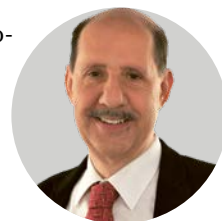
Secondo i Municipi, la misura non solo ignora l'impatto sul territorio, ma solleva anche seri dubbi di legittimità giuridica. La Legge sull'asilo prevede infatti il collocamento dei ri-

chiedenti che compromettono sicurezza e ordine pubblico in Centri speciali, al plurale. Oggi, con la chiusura di Les Verrières, questi centri non esistono più. La soluzione proposta dalla SEM rischia dunque di aggirare lo spirito e la lettera della legge, riducendo una misura strutturale a un semplice accorgimento interno.

A pesare ulteriormente è il metodo: Cantone e Comuni non sono stati coinvolti nella decisione, ma solo informati a posteriori. Un approccio che alimenta sfiducia e frustrazione nelle autorità locali, già in prima linea nella gestione delle

conseguenze quotidiane. Per questo motivo, Balerna, Chiasso e Novazzano chiedono una rivalutazione del progetto, un reale coinvolgimento istituzionale e non escludono il ricorso al Tribunale amministrativo federale. Un segnale chiaro di come, ancora una volta, la politica dell'asilo rischi di essere decisa lontano dai territori che ne subiscono gli effetti concreti.

Vedremo come andrà a finire. ●



Wirksam leiten – weniger leiden!



René Christen, Wirksam LEITEN, weniger LEIDEN. Toolbox für Kirchen, Gemeinden, Unternehmen. Mit vielen Führungstools und einem Analysetest. Thun: MOSAICSTONES, 2024. ISBN 978-3-03965-028-6.

René Christen hat 45 Jahre lang Kirchgemeinden geistlich aufgebaut, auch die Prisma-Kirche (FEG) in Rapperswil-Jona. Mit seinem neuen Buch gibt er geistliche Managementtipps, um christliche Kirchen und Organisationen effizient(er) zu leiten.

«Gebet ist die Hauptarbeit im Gemeindebau!» (S. 93), ist der Autor überzeugt. Auch eine qualitativ hochstehende Predigt und ansprechender Lobpreis sind Schlüsselfaktoren für eine wachsende Gemeinde. Ausserdem bietet er Tipps für erfolgreiche Sitzungen (vgl. S. 50). Seelsorgerlich wertvolle Aussagen zu unserer christlichen Identität durchziehen das ganze Buch: «Sich selbst wirksam zu leiten ist somit die erste, aber auch die grösste Herausforderung» (S. 34). Der Anhang enthält 160 Fragen, um eine (Kirch-)Gemeinde zu analysieren und nächste Schritte des Kirchgemeindeaufbaus zu planen. Das Werk schliesst mit der Ermutung, dass Jesus Christus der Oberbaumeister seiner Kirche ist: «Das Normale in zunehmender Qualität ist das Geheimnis» (S. 121). Auf der Homepage www.wirksam-leiten.ch sowie auf dem YouTube-Kanal @wirksam-leiten finden sich wertvolle Zusatzmaterialien.

Pfarrer Michael Freiburghaus

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Wir bringen Israel zu Ihnen nach Hause! Wein, Olivenöl, Datteln und vieles mehr. Aktuell Spezialdatteln in bester Bio-Qualität! Halbtrocknete, saftig 2 kg CHF 50.-, oder tiefgefrorene «Super Juicy» 450 g CHF 20.-; 3 kg 105.-. Pita-Falafel-Catering mit Food Truck. K: www.isratrade.ch, Tel. 077 434 44 73

Medjool-Datteln aus Israel, 5 kg CHF 80.-, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. Tel. 079 607 12 07

VERMIETEN

Gemütliche und helle 3 ½-Zi-Whg (72 m2) in Murgenthal (Ortsteil Glashütten) an ruhiger Lage in 6-Familienhaus ab 1.4.2026. Offene Küche, Wohnzimmer mit Balkon, Bodenheizung, Kellerabteil. Bushaltestelle vor dem Haus, Bahnhof Murgenthal: 1 km. Autobahnkreuz Bern-Basel-Luzern-Zürich in der Nachbargemeinde Rothrist. Schönes Naherholungsgebiet in direkter Umgebung. MZ CHF 1'400.- inkl. NK pauschal. Infos: D. & J. Dubois, Tel. 056 451 14 14, dubois.judith@hotmail.com

4 ½-Zi.-Wohnung bei Schloss Bümpliz in Bern zu vermieten, mit EH inkl. NK CHF 2200.-/M. Tel. 078 886 87 51

Meer und Sonne in Spanien genießen. Neue, modern eingerichtete 3-Zi.-Ferienwohnung mit zwei Badezimmern in der Nähe von Alicante. Vom Balkon und der Terrasse mit eigenem Whirlpool besticht der herrliche Blick aufs Meer. Die Wohnung befindet sich an erhöhter Lage in einer Überbauung mit Pool. Einkauf und Strand in Gehdistanz. Infos: www.ga22.ch, 079 751 04 57

Ferien im Prättigau: 2 ½-Zi.-Dachwohnung für 2-4 Pers., NR, ruhige Lage, schönes Wandergebiet, gedeckter Sitzplatz, separater Hauszugang, PP. K: A. u. D. Zingg, fiora7231@hotmail.com, 081 332 33 61

PARTNERSUCHE

Ich bin Witwer, 73-j., einfühlsam und hilfsbereit, wohne im Naturpark Thal, Kt. SO, in meinem Eigenheim. Ich wünsche mir, Dich, liebe naturverbundene Frau, kennenzulernen. Habe doch einfach Mut und melde Dich – ich würde mich sehr freuen. Tel. 079 639 24 51

Die EDU lädt ein

Würenlos AG: jeden zweiten Montag im Monat, 19.30–20.30 Uhr,

Lättenstrasse 8: Gebet bei M. Suter. K: 079 825 44 05

Heiden AR: jeden ersten Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf ZH: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9.30 – 10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Biel BE: jeden ersten Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Dietikon ZH: jeden 2. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Silbern Church, Riedstrasse 3: **Gebet für Israel und die Nationen**. K: www.israel-gebetstreffen.ch

Herisau AR: EDU-Fürbittegebet, Datum auf Anfrage. K: E. Winteler, 071 351 33 56

Brugg AG: Gebetsabend für die EDU, jeweils am letzten Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr bis 20.30 Uhr. K: 079 635 89 17

7.2. Rotkreuz ZG: Restaurant Revive, Lettenstrasse 7: 9.00 – 10.00 Uhr Frühstück, 10.00 – 12.00 Uhr Power-Meeting und Gebet, **ICCC (Internationale Christliche Handelskammer Schweiz)-Seminarreihe «Transformed Working Life» (TWL) – «Verändertes Arbeitsleben»**, zeigt auf, dass Arbeit eine zentrale Berufung Gottes für jeden Menschen ist. Vortrag am 7.2.2026 zum Thema «Salbung und Frucht bringen». Unkostenbeitrag: CHF 50.- pro Person und Meeting inkl. Frühstück. Weitere Seminare: 14.3.2026 – Wohlstand und Erfolg 11.4.2026 – Glaube am Arbeitsplatz 9.5.2026 – Erneuerung des Denkens 13.6.2026 – Strategien des Himmels 19.9.2026 – Verwaltungerschaft 17.10.2026 – Dienende Führung Anmeldung: <https://www.edu-kanton-zug.ch/kontakt>

9./23.2. Bülach ZH: 20 – 21 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: **Fürbitte-Gebet**. Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

13.2. Eschlikon TG: 19.30 Uhr, Rest. Post, Bahnhofstrasse 7: **EDU-Treff mit Mitgliederversammlung:** Keine Anmeldung – einfach dabei sein. K: www.edu-tg.ch

19.2. Schaffhausen: 20 Uhr, **Gebet**. Weitere Infos: www.edu-sh.ch

7.3. Thal SG: 9.30 Uhr, Restaurant Ochsen, Dorfstrasse 7, 9425 Thal: **Mitgliederversammlung der EDU Kanton St. Gallen.** Um 11.00 Uhr Referat von alt NR und Geschäfts-

führer der Stiftung Schweizerzeit, Dr. Ulrich Schlüer, zur «Geschichte und Bedeutung der Neutralität». K: edu-sg.ch

Christliche Anlässe

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

9. – 13.2. Weiterbildung: «**Evangelistische Arbeit unter Kindern**», mit Daniel von Reitzenstein, kids-team **16. – 20.2.** Weiterbildung: «1. Korintherbrief», mit André Felker **20. – 22.2.** Kreativ-WE: «**Berge malen mit Acryl**» und «**Biblelettering**», mit Angi, Claudia und Ruedi Kündig, Bibellesebund. K: www.gaestehaus.ch, 033 841 80 00

Vereinigung Pro Israel

1.2. 14.00 Uhr, Kursaal in Bern: **36. Nationale Pro Israel-Tagung** mit Joel Goldberg, Israel, und Ruben Vogel. K: 033 335 41 84

Jugendevent Doxa

2.5. 10.00 – 21.00 Uhr, FEG Aarau, Parkstrasse 16, 5012 Schönenwerd: **Jugendevent Doxa:** Treffen von über 200 jungen Christinnen und Christen, um im Glauben neu ausgerichtet und ermutigt zu werden. Start mit Morgenreferat und Worship, anschliessend Mittagessen. Nachmittags Workshops nach Wahl, dann Nachessen und Abendreferat. Anmeldung: doxa-jugendevent.ch

Kontakt:

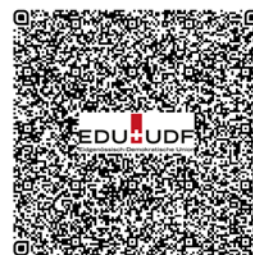
Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

Melden Sie uns Ihre E-Mail-Adresse

Damit wir Sie auch in Zukunft rasch über politische Aktionen informieren können, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse mitzuteilen: newsletter@edu-schweiz.ch



Scannen Sie diesen QR-Code und Sie kommen direkt in Ihr Mail-Programm.

Der «EDU-Standpunkt» 03/2026 wird am 23. Februar 2026 versendet.

Redaktionsschluss: 6. Februar 2026
Druck: 18. Februar 2026

Talon

☐ ABONNEMENT ☐ PROBENUMMERN
Ich abonniere den «Standpunkt» für CHF 30.- (11 Nummern).

☐ GESCHENKABO* für

Vorname und Name

Strasse und Nr.

PLZ und Wohnort

E-Mail

Datum

*RECHNUNG an:

Einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach, 3601 Thun Aarezentrum

Impressum

Herausgeber / Redaktion

EDU-Standpunkt
 Postfach 1011
 3601 Thun Aarezentrum

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

Inserate und Beilagen

(ohne Marktplatz)
 031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

Marktplatz (Seite 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

Redaktion

redaktion@edu-schweiz.ch

Thomas Lamprecht (Präsident der Redaktion),
 Anian Liebrand (Redaktionsleitung),
 Nationalrat Andreas Gafner, Karin Hirschi, Lisa Leisi

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

Layout

Harold Salzmann

Druck und Spedition

Jordi AG, Belp

Fotos

Titelseite: Thomas Zurlinden
 3: Karikatur Willu
 4, 8, 16: Adobe Stock
 5: Harold Salzmann
 Kopfbilder, 6, 7, 10, 11, 12, 13, 17, 19: zvg

45. Jahrgang; erscheint monatlich
 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
 Auflage: 19 200 Exemplare

Postcheck 30-23430-4

IBAN CH35 0900 0000 3002 3430 4
 3600 Thun
 www.edu-schweiz.ch

Jahresabonnement

nur Fr. 30.- / 25 € für 11 Ausgaben (inkl. 2,6% MWST)

Geschenkabos und Probenummern – auch zum Verteilen!

info@edu-schweiz.ch
 033 222 36 37

TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.



Die EDU Schweiz drückt ihre tiefe Trauer
 und ihr aufrichtiges Mitgefühl angesichts
 des verheerenden Brandes in Crans-Montana aus.

In diesen schweren Stunden sind unsere Gedanken bei
 den Familien, die einen geliebten
 Menschen verloren haben.

Die zahlreichen Verletzten schliessen wir in unsere Gebete
 ein und bitten Gott um Kraft, Trost und Genesung.

„Der Herr ist nahe denen, die zerbrochenen
 Herzens sind.“
 Psalm 34,19

 EDU Schweiz

Schweizer Schurwoll-Duvet



- **warm im Winter**
- **kühl im Sommer**
- **temperaturregulierend**
- **feuchtigkeitsausgleichend**

Seit 40 Jahren sind wir als Familie als Wollspezialisten für Sie am Ball. Wir verarbeiten das wunderbare Naturprodukt „Schafwolle“ und fertigen Bettdecken in allen Grössen.

In unserem Laden finden Sie alles, was Sie sich aus Wolle vorstellen können: Filzwolle, Wollteppiche und eine grosse Auswahl an Kleidern aus Wolle.

Spycher-Handwerk AG
 Schaukarderei / Wollparadies



www.kamele.ch
 062 962 11 52

**Bestellen Sie online oder
 besuchen Sie uns direkt in Huttwil BE**



Der Schweizer Luftkissen-Schuh
www.kybun.swiss

kybun
Switzerland

Christlicher Hilfsbund im Orient



Hilfe für Armenier
und den Libanon
seit 1937.

www.hilfsbund.ch

eljah



Ihr Geschenk

Bruno Jordi
079 651 92 74
eljah.ch
jordi.b@bluewin.ch

Silber und Gold als Münzen und Granulat
Damit Ihr Ersparnis den Wert behält und jederzeit verfügbar ist!

Als Vermittler zu BB-Wertmetall helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto eröffnen und Münzen bestellen.



RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch

Kostenlose Schätzung



**TRANSPARENT
BROKER**
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

SCM
Bundestag



**14 Magazine
jetzt
digital
verfügbar!**

bundes-verlag.ch/digital




weiter.biz

Seelsorge • Coaching
Supervision • Konfliktberatung



Ermutigungen für dich
aus Gottes Wort

www.ermutigungen.ch



**HASLI
BERG
BASE**

www.haslibergbase.ch



GTA TREUHAND

Buchführung
Steuerberatung
Lohnadministration
Startups

www.gta-treuhand.ch




Huwa
seit 1911

www.huwa.ch | 062 773 11 70
Zetzliwilstrasse 694 | 5728 Gontenschwil

Follow us on social media!
f o i n



zubi

Dein Sport- und Freizeitanbieter.



**Los Lorentes
Residences**

loslorentes.com



**E. + W.
BERTSCHI
AG**
die Fachmesse seit 1911

5728 Gontenschwil 062-773 12 40

Spenglerei • Sanitär • Heizungen

Für mehr Lebensqualität.



RS **Hilfsmittel** Heimberg

www.rs-hilfsmittel.ch



BB Wertmetall®
Gut zu haben.

Silber übertrifft 2025 sowohl Gold als auch Bitcoin in der Wertentwicklung.

S-Deposito⁺

- ✓ **100 % Reales Silber**
Jährliche Wirtschaftsprüfung testiert vollständiges Vorhandensein.
- ✓ **100 % Eigentum**
Das Silbergranulat gehört ausschließlich Ihnen als Anleger.
- ✓ **100 % Versicherungsschutz**
Ihr Silber wird versichert im Schweizer Zollfreilager verwahrt.
- ✓ **99,99 % Rein**
Zertifiziertes Silbergranulat mit einer Reinheit von 99,99 %.
- ✓ **100 % Flexibilität**
Tägliche Ein- und Auszahlungen sind ohne Kündigung möglich.

Eröffnen Sie jetzt Ihr Silber-Depot. Wir informieren Sie sehr gerne persönlich.

 **s-deposito.swiss**  **0341 99 17 000**  **contact@bb-wertmetall.com**